

## KURZ UND PRÄGNANT

### Kommunalwirtschaft

„Es war höchste Zeit, dass die CDU ihre Blockadepolitik bei der Frage der Öffnung des kommunalen Wirtschaftsrechts beendet“, kommentierte MdL Frank Kuschel die Einigung von CDU und SPD beim kommunalen Wirtschaftsrecht in Thüringen. „Damit werden jetzt hoffentlich die Hindernisse beseitigt, die für Kommunen bestehen, um im Bereich regenerativer Energien stärker wirtschaftlich tätig zu werden.“ Einen großen Schwerpunkt werde die Linksfraktion bei den Beratungen darauf legen, das Genossenschaftsmodell für Kommunen attraktiver zu gestalten. Inwieweit die Ankündigungen ausreichend seien, könne erst nach Vorlage des Gesetzentwurfes bewertet werden. „Den Worten müssen nun zügig parlamentarische Taten folgen“, fordert der LINKE-Kommunalpolitiker. Mit Blick auf die angekündigten Änderungen bei den Kommunalprüfungen werde die Linksfraktion bei den Beratungen darauf achten, dass die Kontroll- und Prüfrechte gewahrt bleiben. Wichtig sei zudem, dass „die Kalkulationen von Energiepreisen der Öffentlichkeit vorgelegt werden“.

### Öffnung der Ehe

„Die Thüringer Landesregierung muss sich mit Blick auf das in der Thüringer Verfassung verankerte Diskriminierungsverbot bezogen auf die sexuelle Orientierung für eine Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Partnerschaften einsetzen“, forderte MdL Karola Stange. Daher verlange sie in einer Anfrage von der Landesregierung im nächsten Landtagsplenum eine ausdrückliche Positionierung und entsprechende Aktivitäten im Bundesrat. Ministerpräsidentin Lieberknecht habe die Thüringer Verfassung missverstanden, wenn sie glaube, man könne bei der Gleichstellung von Lesben und Schwulen auf halbem Weg stehen bleiben. Mit der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Partnerschaften seien auch andere offene Baustellen zu lösen wie z.B. die steuerliche Gleichstellung. Die LINKE Abgeordnete verwies auf die Ergebnisse einer aktuellen wissenschaftlichen Umfrage, in der sich 74 Prozent für die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften mit der traditionellen Ehe und damit für die Öffnung der Ehe ausgesprochen haben. „Das ist ein ganz deutliches Zeichen für eine gesellschaftliche Entwicklung hin zu umfassender Gleichstellung von Lesben und Schwulen.“ Deshalb müssten neben der steuerlichen Gleichstellung „alle offenen Punkte angegangen werden, auch im Landesrecht“.

# Gegen Armutslöhne und Almosenrenten

## Linksfraktion mit scharfer Kritik an der Thüringer Stimmenthaltung zum Mindestlohn

**Nach einem Gespräch der LINKE-Fraktionsvorsitzenden aus den Ländern und anderer Abgeordneter der Linksfraktionen bei der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg mit Frank-Jürgen Weise und weiteren Vorstandsmitgliedern hatte Bodo Ramelow erklärt: „Der Arbeitsmarkt in Thüringen und die Entwicklung von Niedriglohn und prekärer Beschäftigung standen für uns im Vordergrund. Wir brauchen wirksame Initiativen, um die Spirale aus Dumpinglöhnen und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen zu durchbrechen.“**

Bei dem Treffen in der Bundesagentur wurde intensiv über die Entwicklung des Arbeitsmarktes, von prekärer Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit diskutiert. Ina Leukefeld, Arbeitsmarktexpertin der Thüringer Linksfraktion, hatte die Möglichkeit genutzt, erneut die Chancen von öffentlich geförderter Beschäftigung den Vertretern der Arbeitsagentur vorzustellen.

„Wenn der Lohn für Arbeit nicht zum Leben reicht und Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, im Alter in

der Armutsfalle landen, ist das nicht nur bitter, sondern beschämend! Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit muss entschiedener aufgenommen und ohne Denkverbote geführt werden. Es darf an der Arbeitsförderung nicht weiter gespart und es muss die Einführung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors ernsthaft diskutiert werden. Nachdem der Bundesrat Mindestlöhnen seinen Segen gegeben hat, muss jetzt umgehend der Bundestag aktiv werden! Gegen Armutslöhne und Almosenrenten brauchen wir einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn - und zwar jetzt!“, so Ramelow.

„Jetzt ist der Bundestag gefordert, schnellstmöglich eine Lohnsenkungsbremse durch den Mindestlohn gesetzlich zu regeln.“ Mit der Bundesratsentscheidung sei zum ersten Mal mit rot-rot-grüner Mehrheit die Agenda 2010 von Gerhard Schröder korrigiert worden. „Das ist ein ermutigender Schritt, auch wenn unsere Forderung und die von vielen Sozialverbänden nach einem Mindestlohn von zehn Euro nicht erfüllt wurde.“ An der Stimmenthaltung von Thüringen werde deutlich, dass die Landesregierung kein wirkli-

ches Interesse an einem wirksamen Mindestlohn hat: „In ihren Reden geht es zwar um soziale Verantwortung und Gerechtigkeit, aber im Abstimmungsverhalten regiert soziale Verantwortungslosigkeit“, sagte Bodo Ramelow. Mit der Stimmenthaltung im Bundesrat mache sich die Thüringer SPD immer auch gemein mit allen Entscheidungen, die besonders hart schwächere Menschen betreffen. „Eine andere Mehrheit ist möglich - das zeigt der Bundesrat. Eine andere Thüringer Mehrheit wäre genauso möglich, scheitert aber an einer mutlosen SPD.“

In Thüringen lebten zum Ende des Jahres 2011 in 34.532 Haushalten Menschen, die auf Wohngeld angewiesen waren, 219.558 Menschen bezogen Arbeitslosengeld und mit 497.866 Menschen waren fast eine halbe Million auf staatliche Unterstützung in Form von Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und Leistungen nach SGB XII angewiesen. Besonders betroffen waren und sind Frauen, dies hat die LINKE Abgeordnete Karola Stange anlässlich des Internationalen Frauentags erneut scharf kritisiert.

## MdL André Blechschmidt: Digitale Kommunikation weiterentwickeln

**„Wir müssen jetzt in die nächste Phase übergehen“ – der LINKE Fraktionsgeschäftsführer André Blechschmidt sprach in einer Podiumsdiskussion der Landesmedienanstalt am 7. März im Landtag in Erfurt (s.Foto) über die bevorstehenden Herausforderungen der demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten im Internet.**

Sämtliche Landtagsfraktionen haben sich in den vergangenen Jahren darum bemüht, ihre Online-Kommunikation zu verbessern. Allerdings sind hierbei Qualitätsunterschiede zu spüren, die offensichtlich auch auf verschiedenen Politikansätzen fußen. Während einige der anderen Fraktionen sich darauf beschränken, politische Entscheidungen bestmöglich zu „verkaufen“, lässt die Linksfraktion Internetsnutzer Entscheidungsprozesse direkt miterleben.

Durch das Angebot der Übertragung thematischer Debatten aus der Fraktions-sitzung ins Internet – unser Fraktions-Livestream – macht DIE LINKE ihre Politik transparent. Dazu gehören die Diskussion verschiedener Meinungen und gelegentlich auch der Streit um die beste politische Lösung. Demokratie in der digitalen Gesellschaft heißt für uns, dass die Bürgerinnen und Bürger die Arbeit ihrer Abgeordneten bestmöglich nachvollziehen und sich mit ihnen austauschen können. Dieser Austausch, davon sprach André Blechschmidt selbstkritisch in der Podiums-



diskussion, ist noch ausbaufähig.

Auch wenn die Fraktion DIE LINKE mit ihrem Online-Angebot Vorreiter im Thüringer Landtag ist, wollen wir hier nicht stehen bleiben. Das nächste Ziel lautet, dass Fraktions-sitzungen nicht nur direkt mitverfolgt werden können, sondern dass häufiger die Möglichkeit genutzt wird, diese live zu kommentieren.

Momentan finden Online-Diskussionsprozesse meist auf den Facebook-Seiten einzelner Abgeordneter statt, was ein guter Ansatz ist, aber meist noch nicht zu Rückmeldungen in die gesamte Fraktion führt. In der Idealvorstellung sollten während der Sitzungen Meinungen von Bürgerinnen und Bürgern Eingang in die laufende Diskussion finden.

In diese Phase überzugehen, ist die derzeit größte Herausforderung der digitalen Kommunikation. Auch andere Fraktionen haben diese Erfahrung be-

reits gemacht. So hat die CDU, die sich fast ähnlich stark wie DIE LINKE für eine stärkere Nutzung des Internets für die Politik einsetzt, festgestellt, dass nicht jedes Mittel erfolgreich ist. So wurden beispielsweise kleine Umfragen auf der Internetseite der Fraktion vor allem von der eigenen Anhängerschaft angeklickt, eine Unterstützung bei der politischen Meinungsbildung wurde damit nicht erreicht.

Stärkere politische Partizipation wird sich nur über das Prinzip Versuch und Irrtum entwickeln lassen. Das Internet entwickelt sich ständig weiter und es gibt keine vorgefertigten Methoden, wie es für die Politik am besten nutzbar ist. Es müssen Wege probiert und notfalls verworfen werden. DIE LINKE stellt sich dieser Herausforderung, damit die digitale Welt auch einen demokratiepolitischen Mehrwert erhält.

Frank Schenker